

Beilage 749

Antrag

Betreff:

Berufung eines Vertreters des Handwerks in den Beirat zur Aufstellung der Richtlinien eines Landesentwicklungsplanes

Der Landtag wolle beschließen:

Der Herr Ministerpräsident wird ersucht, in den Beirat zur Aufstellung der Richtlinien eines Landesentwicklungsplanes gemäß Landtagsbeschuß vom 4. April 1951 (Beilagen 257, 425 Ziffer 1) auch einen Vertreter des Handwerks zu berufen.

München, den 31. Mai 1951

Dr. Lippert
und Fraktion (BP)

Beilage 750

Antrag

Betreff:

Verwendung von Dienstkraftfahrzeugen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß Minister, Staatssekretäre oder sonstige Beamte oder Angestellte des öffentlichen Dienstes in Zukunft nicht mehr Dienstautos für ihre persönlichen parteipolitischen Zwecke im Wahlkampf einsetzen können. Ebenso soll es Ministern und Staatssekretären nicht gestattet sein, unterstellte Beamte, die vom Steuerzahler bezahlt werden, für parteipolitische Aufgaben im Wahlkampf einzusetzen.

München, den 29. Mai 1951

Haußleiter
und Fraktion (DG)

Beilage 751

Antrag

Betreff:

Einschränkung hinsichtlich der Benützung der Dienstkraftfahrzeuge

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird beauftragt,

1. das Übermaß an Konferenzen auf unbedingt notwendige Fälle zu beschränken,
2. die Benützung der Dienstkraftwagen für jeden privaten Zweck — auch in der Form der Ausnützung von Leerfahrten — zu verbieten,
3. die im öffentlichen Dienst laufenden Kraftfahrzeuge (wie es z. B. sehr zweckmäßig im Ausland geschieht) mit besonderen Kennzeichen bzw. Nummern zu versehen,
4. für Dienstreisen grundsätzlich die Benützung öffentlicher Verkehrsmittel vorzuschreiben,
5. bei Neuanschaffung auch weniger teure und in der Wartung weniger kostspielige Wagentypen zu berücksichtigen,
6. dafür zu sorgen, daß die schon erlassenen Richtlinien für die Verwendung der Dienstkraftwagen verschärft, tatsächlich eingehalten werden und nicht nur auf dem Papier stehen,
7. sicherzustellen, daß für die Bediensteten, denen die Prüfung der Fahrtenbücher obliegt, bei Beanstandungen von Dienstfahrten ihrer Vorgesetzten — insbesondere auch bei den Mittelbehörden — keine Nachteile entstehen,
8. übersetzte Dienstwagenbestände entsprechend dem Landtagsbeschuß vom 25. April 1951 Ziffer 2 (Beilage 594) durch Abgabe an die Vermessungsämter oder Verkauf zu vermindern.

München, den 1. Juni 1951

Dr. Lippert,
Saukel, Dr. Sturm, Weinhuber (sämtliche BP)

Beilage 752

Antrag

Betreff:

Klärung der durch den Ausbau der unteren Isar entstandenen Rechtsfragen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird beauftragt, ehestens die durch den Ausbau der unteren Isar und der Hochwasserdambbauten entstandenen und noch entstehenden grundsätzlichen Rechtsfragen zu klären, sowie eine Regelung der Fischereirechte an der unteren Isar von Landshut bis zur Mündung herbeizuführen.

München, den 29. Mai 1951

Dr. Lippert (BP)